WISA
vorwärts für Sachsen-Anhalt

„Ein europäisches Deutschland, nicht ein deutsches Europa“

Am 23. April waren gut 300 Gäste ins Kulturwerk Fichte nach Magdeburg gekommen, um die heiße Phase im sachsen-anhaltische Europa-Wahlkampf zu starten. Grund für den Andrang war der SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz, der im Rahmen seiner Wahlkampftour auch hierzulande Station machte.

In ihrer Begrüßung stellte die Landesvorsitzende Katrin Budde klar, dass Europa ein sozialdemokratisches Projekt ist und

bleibt. „Wir haben die Vereinigten Staaten von Europa schon seit fast 90 Jahren im Parteiprogramm stehen“, sagte sie dem gut aufgelegten Publikum. „Wir stehen heute dafür, dass Europa erhalten bleibt.“ Dabei betonte sie, dass die Stärkung Europas nicht nur wirtschaftliche Gründe habe, nicht nur für den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Spekulanten notwendig ist. Vor allem seien die 70 Jahre Frieden seien in Mitteleuropa ohne die europäische Integration nicht möglich gewesen. Dies werde nicht genügend geschätzt. Budde griff dazu einen Vergleich von Martin Schulz aus dessen Buch „Der gefesselte Riese: Europas letzte Chance“ auf. Wie der Scheinriese Tur Tur aus „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“ wirke die Europäische Union von weitem schön und gewaltig, von nahem aber unscheinbar und hässlich. „Martin Schulz und die SPD haben die schwierige Aufgabe, für die Faszination der europäischen Idee zu kämpfen.“

Im anschließenden Talk warb Arne Lietz, Kandidat für das Europäische Parlament in Sachsen-Anhalt, um die Bedeutung der Reisefreiheit und Freizügigkeit in der EU. Als Sohn eines oppositionellen Pfarrers in Güstrow geboren, gehört Lietz der letzten Generation in Ostdeutschland an, die noch in einem geteilten Europa aufgewachsen ist. Nach der Friedlichen Revolution nutzte Lietz als Schüler und Student die neuen Möglichkeiten, um die Freiheit und den Frieden des Kontinents zu erleben.

„Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind elementar, um weitreichende Gesetzesvorhaben wie Internetregulierung oder das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP transparent und demokratisch zu kontrollieren“, erklärte Lietz. Gerade im Bereich des Verbraucher- und Umweltschutzes dürfe es keine Absenkung von rechtlichen Standards geben. „Mehr Freihandel mit den USA darf nicht dazu führen, dass wir gentechnisch verändertes Essen auf unsere Teller bekommen“, warnte der Europakandidat. Gemeinsam mit Katrin Budde unterstrich Arne Lietz die Chancen der EU für Sachsen-Anhalt und seine Kommunen. Milliarden Fördermittel für Mittelstandsförderung, Qualifizierungen für Arbeitslose und Wissensaustausch durch die EU seien unverzichtbar für Wachstum und die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Martin Schulz nahm in seiner Rede sein eigenes Bild vom Scheinriesen Tur Tur auf. Der Spitzenkandidat und Präsident des Europäischen Parlaments beschrieb die ungeheure Anziehungskraft, die die EU etwa für die Menschen in der Ukraine habe. „Wir dürfen nicht zulas-

sen, dass das geeinte Europa, eines der größten Menschheitsprojekte der Geschichte, jetzt scheitert“, rief Schulz betonte aber, dass noch vieles für ein anderes, ein besseres Europa getan werden müsse.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 8. Mai 1945 endete vor fast 70 Jahren für die Menschen in Europa der Zweite Weltkrieg. Er brachte Millionen Menschen den Tod, entriss sie ihrer Heimat und ließ den Kontinent als Trümmerwüste zurück. Als Reaktion darauf entstanden die Vereinten Nationen und die Europäische Union. Sie sind bis heute Garanten für Frieden und Freiheit in Europa.

Am 7. Mai jährt sich zum 25. Mal die Kommunalwahl in der DDR. DIE Kommunalwahl, weil sie die erste war, bei der sich Menschen trauten, die Auszählungen öffentlich zu beaufsichtigen. Am Ende verkündete das Regime „normale“ Ergebnisse, obwohl Tausende von Gegenstimmen offen auf dem Tisch gelegen hatten. So wurde dieser 7. Mai zum Anfang vom Ende der DDR.

Am 25. Mai wählen wir in die Abgeordneten für das Europäische Parlament und vielerorts in Sachsen-Anhalt die Rätinnen und Räte in den kommunalen Vertretungen. Lasst uns gemeinsam engagiert Wahlkampf machen, um möglichst gute Ergebnisse zu erzielen. Und lasst uns dabei an die denken, die sich Wahlrecht und Frieden hart erkämpfen mussten. Auf in den Endspurt!

Eure

Katrin Budde

„Wir sind nicht der Mehrheitsbeschaffer der Union“

Zur Diskussion um ein mögliches rot-rotes Regierungsbündnis nach der Landtagswahl 2016 sprach WISA mit der Landes- und Fraktionsvorsitzenden Katrin Budde.

WISA: Vor ein paar Wochen gab es einen aufgeregten Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung. Du sollst im Landesparteirat und im Landesvorstand in nichtöffentlicher Sitzung einen Plan vorgelegt haben, nach dem die SPD nach der Landtagswahl 2016 mit Hilfe der Linken in die Staatskanzlei einzieht. Stimmt das?
Katrin Budde: Ja, zum Großteil stimmt das. Ich habe das Thema Regierungsbeteiligung nach der nächsten Landtagswahl in beiden Gremien offen angesprochen. Es gibt allerdings keinen ominösen, geheimen Masterplan.

WISA: Dann lass uns offen reden. Bis zur Landtagswahl sind es noch zwei Jahre. Warum diskutieren wir jetzt schon über eine rot-rote Regierung nach 2016?
Katrin Budde: Gegenfrage, wann sollen wir das sonst diskutieren? Wir haben im Landesverband einen klaren Parteitagsbeschluss dafür, ohne Koalitionsaussage in den nächsten Landtagswahlkampf zu ziehen. Hinter diesem Beschluss stehe ich ohne Wenn und Aber. Das heißt aber im Umkehrschluss auch, dass wir offen für eine Koalition mit der Linken sind.

WISA: Dann ist doch eigentlich alles klar.
Katrin Budde: Auf dem Papier schon, aber wir wissen doch alle, dass das Thema rot-rot in der Historie der sachsen-anhaltischen SPD ein – gelinde gesagt – schwieriges ist. Nach vielen Gesprächen überall im Lande bin ich mir zwar sicher, dass eine Mehrheit der Mitglieder 12 Jahre nach dem Magdeburger Modell und nach über acht Jahren als Juniorpartner in einer Großen Koalition eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung mit Beteiligung der Linken mittragen würde, aber ich finde, das sollten wir ausführlich miteinander diskutieren. Das kann man nicht erst nach der Wahl machen und auch nicht im Wahlkampf, also ist jetzt der richtige Zeitpunkt für die Debatte in den Gliederungen. Ich will, dass wir das vorher klären und dann in Ruhe und geschlossen in den Wahlkampf gehen.

WISA: Von Seiten der CDU kamen heftige Reaktionen. CDU-Vize Holger Stahlknecht hat von einer „permanenten persönlichen Casting-Show von Katrin Budde“ gesprochen. Überrascht dich das?
Katrin Budde: Nein, kein bisschen. Die CDU wird immer ganz aufgeregt, wenn der Verlust der Dienstwagen droht. Hier geht es aber nicht um Show, sondern um eine offene innerparteiliche Debatte darüber, wie es mit uns als SPD weitergeht. Dass man solche Selbstverständlichkeiten innerparteilicher Demokratie als Casting-Show bezeichnet, spricht für sich.

WISA: Warum müssen wir unbedingt den Ministerpräsidenten stellen?
Katrin Budde: Ganz einfach, weil wir unsere Politik am besten umsetzen können, wenn wir die Regierung anführen. Wir haben zwar in dieser Koalition viele unserer Inhalte eingebracht und umgesetzt, aber die Staatskanzlei ist ein zentraler Schlüsselpunkt in der Regierungsarbeit.

WISA: Dein Vize Andrej Stephan hat gesagt, es findet es gut, eine Alternative zur ‚babylonischen Gefangenschaft in der Umarmung von Haseloff, Schröder & Co.‘ zu haben.
Katrin Budde: (schmunzelt) Natürlich ist es keine rosige Perspektive, dauerhaft Juniorpartner der CDU zu sein. Wir sind ja nicht der Mehrheitsbeschaffer der Union, auch wenn Viele dort es gut finden würden, uns auf diese Rolle zu reduzieren. Unser Anspruch als SPD ist ein anderer. Das gilt übrigens auch inhaltlich. Wir haben einen Gestaltungsanspruch und wollen das Land voranbringen. Dafür werden wir wieder eine intensive Programmdiskussion führen.

WISA: Die CDU wirft dir vor, die letzten beiden Jahre der Zusammenarbeit zu erschweren und mit der Linken zusammen das Geld aus dem Fenster werfen zu wollen.
Katrin Budde: Ach, das sind doch die üblichen Beißreflexe. Bei Lichte betrachtet haben wir als SPD unser Reformsoll in dieser Regierung seit 2006 übererfüllt, die CDU hat noch nichts geliefert. Wenn ich mir das Chaos anschaue, was die Schwarzen bei der Polizeistrukturreform veranstalten, sieht das auch für die Zukunft nicht anders aus.

WISA: Und was die Finanzen angeht ...
Katrin Budde: ... geht auch nach 2016 nichts an einer vernünftigen Konsolidierung des Landeshaushalts vorbei. Das ist im Übrigen auch der Lackmustest für die Linken, was eine Zusammenarbeit betrifft.

WISA: Also keine Automatismus für rot-rot?
Katrin Budde: Nein, es darf ja nicht nur rechnerisch aufgehen, es muss auch politisch passen. Dafür sind Koalitionsverhandlungen da. Ich möchte aber, dass wir vorher klären, ob es überhaupt Sinn macht, solche Verhandlungen aufzunehmen.

WISA: Auch, wenn wir weniger Stimmen bekommen als die Linke?
Katrin Budde: Wir sollten uns nicht dauernd damit beschäftigen, was ist, wenn wir die Wahl verlieren. Wir haben nach den drei dritten Plätzen seit 2002 beim nächsten Mal die realistische Chance auf ein besseres Ergebnis. Dafür müssen wir gerüstet sein. Aber um der Antwort nicht auszuweichen: Ich weiß, dass Viele bei uns mit dieser Variante große Schwierigkeiten haben. Genau für solche Fälle haben wir ein gutes Instrumentarium. Dann gibt es einen Mitgliederentscheid und wir entscheiden das gemeinsam. ■

Der **Rote** Faden

Über 1300 Kandidatinnen und Kandidaten treten für die SPD zur Kommunalwahl am 25. Mai an. Viele von ihnen für mehrere Kommunalparlamente. Ich wünsche jeder Kandidatur viel Erfolg!
Unser kommunaler Unterbau ist enorm wichtig für die weitere Entwicklung der Partei und damit für die Entwicklung des Landes. Es sind die kommunalpolitisch Aktiven, die der Partei vor Ort ein Gesicht geben. Sie sind es, die mit viel ehrenamtlichem Engagement ihre Kommunen besser und lebenswerter machen. Lasst uns den Kommunalwahlkampf also intensiv weiterführen, jede Stimme für die SPD-Kandidatinnen und -kandidaten hilft das Land und seine Kommunen voranzubringen.
Wir erleben bei dieser Kommunalwahl erneut, dass überall im Land Wählerinitiativen antreten, die mit ihrer Überparteilichkeit werben. Worin der Mehrwert dieser Überparteilichkeit liegen soll, kann uns aber Keiner erklären. Lokale Parteipolitik entsteht, wenn unsere Gliederungen sich Gedanken über die zukünftige Entwicklung ihrer Kommune machen, was soll daran verkehrt sein? Die Erfahrung zeigt uns eher, dass die meisten Investitionsentscheidungen in Kommunen nur funktionieren, wenn mit der Kreis, Landes- Bundes oder Europa-Ebene ein Einverständnis erzielt werden kann. Da sind die Netzwerke der Parteien eine große Hilfe.
Etwa 25 % unserer Kandidaturen sind weiblich. Ebenfalls etwa 25 % unserer Kandidaturen geschehen durch parteilose Bewerberinnen und Bewerber auf den Listen der Partei. In beiden Zahlen steckt eine Herausforderung für die Zukunft. Es muss uns zukünftig gelingen mehr Kandidatinnen zu gewinnen. Die SPD muss auch auf kommunalpolitischer Ebene weiblicher werden. Es muss uns gelingen, die parteilosen Bewerberinnen und Bewerber verstärkt in die SPD-Mitgliedschaft zu bekommen. Diese beiden Ziele erfordern strukturierte Prozesse in unseren Gliederungen.
Nach der Wahl ist vor der Wahl, es empfiehlt sich diese Prozesse schnellstmöglich anzugehen!

Oliver Draber
-Landesgeschäftsführer-

P.S.:
Unsere Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Sachsen-Anhalt e.V. (SGK) fördert die Vernetzung und Fortbildung von KommunalpolitikerInnen im ganzen Land. Einzelne Personen aber auch ganze Fraktionen können dort Mitglied werden. Eine Mitgliedschaft die sich lohnt. Weitere Informationen dazu erhaltet ihr in unseren Geschäftsstellen. ■

Wir begrüßen als neue Mitglieder der SPD in Sachsen-Anhalt...

Alfred Böttge, Helbra
Martin Camehl, Calvörde
Andreas Dolla, Eisleben
Frank Fritzsche, Roßlau
Michael Gotter, Siedlung Ziebigk
Karl-Gustav Günther, Hohe Börde
Tino Haring, Merseburg
Tobias Heise, Helbra
Gotar Ibrahim, Magdeburg-Mitte/Altstadt
René Kohlhas, Oebisfelde-Weferlingen
Christof Kreisel, Helbra
Christian Kubica, Halle-Nordost
Dina Moersch, Halle-Mitte
Ute Neumann, Hettstedt
Florian Pannasch, Obere Aller
Manfred Pippel, Geiseltal
Burkhard Raue, Merseburg
Alexandra Schöbel, Merseburg
Philipp Schulz, Halle-Nordost
Martin Schütte, Klötze
Helga Soltész, Bitterfeld-Wolfen
Christian Staub, Eisleben
Clemens Stein, Halle-Mitte
Almut Stier, Aschersleben
Robert Stockhaus, Querfurt
Veronica Chituo Umensofor, Halle-Nordost
Otmar Walther, Roßlau
Mario Wengemuth, Helbra
Irene Winkler, Kabelsketal

„Ein europäisches Deutschland, nicht ein deutsches Europa“

(Fortsetzung von Seite 1)

(...) Nicht jede Kritik an Europa sei feindlich oder populistisch. Die SPD müsse daher die Menschen im Land laut fragen: „Welches Europa wollt ihr?“ Diese Ideen muss die Sozialdemokratie ernst nehmen.Schulz wies auf die ökonomischen und sozialen Probleme der Union hin. Die EU muss aktiv gegen Spekulanten und Steuerhinterzieher vorgehen. Denn nur eine sozialere Union könne das dramatische Abrutschen einer ganzen Generation in Südeuropa verhindern.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit muss sofort bekämpft werden. Die europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen sich daher für die Jugendgarantie ein, die jeder und jedem Jugendlichen unter 25 Jahren innerhalb von 4 Monaten ein Angebot für eine Ausbildung oder ein Praktikum bieten wird.

Europa brauche für die Überwindung der Krise auch die deutsche Solidarität. Deutschlands Rolle in der EU beschrieb Schulz mit einem Zitat von Thomas Mann: „Wir wollen kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland!“

Die Hilfe von krisengeschüttelten Staaten dürfe aber nicht bei den Verursachern, den Banken und Spekulanten landen. Nur eine starke sozialdemokratische Fraktion im Parlament und Martin Schulz als Kommissionspräsident sind in der Lage, diesen neuen Kurs in Europa umzusetzen.

Zum Abschluss übergab Arne Lietz mit Katrin Budde dem hoffentlich designierten Kommissionspräsidenten einen Lutherbotschafter, eine mobile Plastik des Künstlers Ottmar Hörl, um für eine europäische Vernetzung des Reformationsjubiläums 2017 zu werben. „Dieser bedeutende historische Prozess war nicht nur religiös, sondern veränderte Politik und Gesellschaft massiv“, sagte der Wittenberger Arne Lietz. „Die Werte der Reformation, Vernunft, Gewissensfreiheit, Toleranz und Recht auf Bildung, sind genuin sozialdemokratisch und die Basis für eine gemeinsame europäische Kultur.“ Ein Sachsen-Anhalter als Vater Europas, ein schöner Gedanke. ■

Termine

20. Mai 2014 – Im Ernst-Reuter-Haus in Magdeburg wird das TV-Duell zur Europawahl übertragen. Vorher kann man sich ab 18.30 Uhr in gemütlicher Runde bei Grillgut sich auf die Ünertragung einstimmen.

26. Mai 2014 – Im Alten Theater Magdeburg treffen sich Landesvorstand und Landesparteirat zur Auswertung der Kommunalwahl 2014.

17. Juni 2014 – In Halle findet die turnusmäßige Landeskonferenz der Schwusos Sachsen-Anhalt statt. Unter anderem wird ein neuer Landesvorstand gewählt.

Impressum:
V.i.S.d.P.: Oliver Draber
Redaktion: Dr. Falko Grube
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD-Landesgeschäftsstelle
-Redaktion WiSA-
Bürgelstraße 1,
39104 Magdeburg

Jobmotor oder Demokratiebremse?

Auch und gerade in Zeiten des Wahlkampfes lohnt es sich, über aktuelle politische Themen zu diskutieren. Ein solches Thema ist transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP). Ziel des Abkommens ist die Förderung von Wachstum und Exporten in Europa und den USA, indem Handelshemmnisse und Regulierung abgebaut, nationale und internationale Standards harmonisiert und Investitionen geschützt werden.

Der Abbau von Zöllen gehört ebenso dazu, wie die Öffnung der Märkte für bestimmte Produkte oder Erzeugnisse.

Am 10. April war genau das Thema beim Politischen Anstoß in Halle, zu dem die Jusos Halle eingeladen hatten. In einer offenen Podiumsdiskussion diskutierte Arne Lietz, Kandidat für das Europäische Parlament, mit befürwortenden Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlern und einem kritischen Lobbyvertreter.

Den positiven Erwartungen an das Abkommen stehen Befürchtungen wie die Einschränkung von Verbraucher- und Umweltschutzstandards oder für die kulturelle Vielfalt gegenüber. Zudem höhlt das angedachte Investorschiedsverfahren die Einflussmöglichkeiten der Unterzeichnerstaaten. Investoren sollen in den Schiedsverfahren auf entgangenen Gewinn klagen können, der sich z.B. aus Gesetzesänderungen ergibt. Die Akzeptanz staatlicher Souveränität und rechtsstaatlicher Verfahren sieht wahrlich anders aus.

Darüber hinaus wird kritisiert, dass mit dem Freihandelsabkommen der transatlantische Markt für die ganze Welt bestimmend wird und so gerade die USA ihre ins Wanken geratene Vorreiterrolle bspw. bei Produktdesign und -standards wieder manifestieren können. Doch was kommt, sollten die Verhandlungen um TTIP scheitern? Die geltenden Regelungen in einer unüberschaubaren Zahl von Einzelabkommen oder des Welthandelsrechts sind nur bedingt vorzuziehen.

Unabhängig davon ist die Art und Weise der Verhandlungen, die in einem bislang intransparenten und geheimen Prozess stattfinden, höchst kritikwürdig. Dabei wäre gerade Transparenz bei einem Freihandelsabkommen enorm wichtig. So wäre eine isolierte Abstimmung der einzelnen ausgehandelten Vereinbarungen einer einmaligen Ja/Nein-Entscheidung über den Gesamtvertrag sowohl auf der Ebene der EU als auch der einzelnen Mitgliedsstaaten vorzuziehen. Mit diesem Verfahren könnte die Freihandelszone nach den tatsächlich übereinstimmenden Bedürfnissen der Vertragspartner ausgestaltet sein.

Im Mittelpunkt der Diskussion des Abends stand die Frage, wem das Abkommen nützt und ob seine Vorteile die Kritikpunkte aufwiegen. Ist das Abkommen Jobmotor oder Demokratiebremse? Es sollte Ersteres leisten ohne Zweiteres zu sein. Bis dahin dürfte es ein langer Weg sein.

Karolin Heyne

„Mein Kampf" als Groteske

Der Arbeitskreis Rechtsextremismus des SPD-Landesverbandes hat im April die Aufführung des Theaterstücks „Mein Kampf" im Schauspielhaus Magdeburg besucht. Das Stück ist eine Form der Groteske von George Tabori aus dem Jahr 1987 und wurde bereits vom Theater Poetenpack e. V. in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung vor ca. 2000 Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" aufgeführt.

Das Theaterstück zeigt mit jüdischem Humor die „Wiener Jahre" Adolf Hitlers als Bewohner eines Männerwohnheims vor dem Ersten Weltkrieg und seine Wandlung vom lebensunfähigen Menschen zum antisemitischen Demagogen und späteren Diktator. Trotz der Menschlichkeit und fürsorglichen Hilfe seines jüdischen Mitbewohners Schlomo Herzl findet Hitler im Judenhass letztendlich seine Erfüllung.

„Kann sich das wiederholen?" und „Was wird uns mit diesem Wissen für die Gegenwart und die Zukunft mit auf den Weg gegeben?", sind die Fragen, die sich heute aus dem Stück ergeben. Ein Blick auf die politische Landkarte Europas zeigt, dass rechtspopulistische Parteien an Zulauf gewinnen. Die Schweiz möchte die Zuwanderung einschränken, Ausländer sind nur in begrenzter Zahl erwünscht. In Sachsen-Anhalt ist die Anzahl rassistischer und fremdenfeindlicher Straftaten laut Kriminalstatistik im Jahr 2013 gestiegen. Ist die Demokratie deshalb in Gefahr? Nicht, solange es viele engagierte Menschen gibt, die sich in Vereinen, Bürgerinitiativen, Stiftungen, etc. für Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit stark machen, damit rechtsextremistisches Gedankengut gar nicht erst entstehen kann.

Lebendiger Geschichtsunterricht wie das Theaterstück trägt dazu bei. Er schafft vor allem bei Lernenden, aber auch bei Lehrenden einen neuen Blickwinkel in der Konfrontation mit dem Rechtsextremismus. Denn Rechtsextreme sitzen auch in Gemeinderäten, Stadträten und sind in Vereinen aktiv. Da ist es wichtig, sich offensiv und klug mit ihnen und ihrer Ideologie auseinanderzusetzen, um die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären. Das macht eine wehrhafte Demokratie aus.

Das anschließende Gespräch mit den Schauspielern über die Produktion des Theaterstücks und deren Erfahrungen mit den Schülerinnen und Schülern rundete den gelungenen Abend ab. Das Fazit des Abends: Ein Besuch lohnt sich!

Ute Brachmann